

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.  
**Geschäftszeit** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Insertats** werden die 6spaltigen Zeilen mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstaxen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 158.

Dresden, Montag den 13. Juli 1914.

25. Jahrg.

Der Zeichner Hansi ist über die französische Grenze geflohen.

Der Majestätsbeleidigungsprozess gegen die Redaktion des Simplicissimus soll am 8. Oktober zur Verhandlung kommen.

In der Stadt Schwiebus richtete ein Hagelwetter großen Schaden an.

Wierzig albanische Notabeln veranstalteten eine Sympatielundgebung für den Fürsten.

Die Konstitutionalisten stehen vor den Toren der Stadt Mexiko.

In China soll eine neue Revolution ausgebrochen sein.

100000 Menschen sind in China durch die Ueberschwemmungen in die größte Not geraten.

## Kriegshetze und Börsenkrach.

Von unserem Korrespondenten.

th. Wien, 12. Juli.

Das Auswärtige Amt hat sich genötigt gesehen, den Treiberen der Kriegshetze entgegenzutreten und zu erklären, daß alle bisherigen Veröffentlichungen über die Beschlüsse des Ministerrats irrig seien. So viel und nicht mehr. Aber was ist nun richtig? Das Dementi hat dann an der Hege auch nicht geändert. Und unter den Heßern oder Schwarzmalern befinden sich die Blätter, von denen man weiß, daß sie die genaueste Verbindung mit dem Auswärtigen Amt haben. Es ist eine Lage, die jedes Vergleichs spottet. Das Wiener Kabinett schweigt und die führenden Blätter erzählen täglich, in den nächsten Tagen werde der entscheidende Schritt in Belgrad gemacht werden. Bei diesem Schritt handle es sich aber nicht einfach um die Fortsetzung, die Mitwisser der Tat auf serbischen Boden zu verfolgen, sondern darum, genaue Bürgschaften zu bekommen, daß Serbien die Förderung der großserbischen Bewegung auf seinem Boden nicht mehr dulden wird. Man wendet sich an Piemont, die Einigung Italiens aus seinen Träumen zu entlassen. Der irgendwo ausgesprochene Vergleich sagt wohl zu viel. Denn der größere Teil der Serbischsprechenden in Oesterreich fühlt sich, sei es als Kroaten, sei es als Moslems, nicht einer Nation mit den Sprachgenossen, im Königreich oder süßt sich wenigstens der Wehrzeit nach noch nicht so. Wirkliche Serben gibt es in Oesterreich-Ungarn und Bosnien etwa 2 1/2 Millionen, Kroaten und Mohammedaner über 3 Millionen. Nebenbei ist Serbien seit dem Balkanfrieden selbst ein Staat nationaler Unterdrückung geworden, der nahezu ein Viertel seiner Bevölkerung, über eine Million bulgarischer Ragonedier und Arnauten, unter der härtesten Fremdherrschaft hält. Aber wenn die Belgrader Zwangsregeln von Monastir, Dibra und Prizren auch des moralischen Anspruchs entbehren, anderen vorzuziehen, was sie selbst in noch härteren Formen verüben: die hier vorliegende Frage ist eben keine moralische und rechtliche, sondern eine machtpolitische.

Und da erhebt sich die Befragung: was will eigentlich das Auswärtige Amt? Will es sich in rein juristischen Formen der Forderungen halten, warum erörtern dann die ausgesprochensten Regierungsblätter, wie der Pesther Lloyd und das Wiener Tageblatt, von der Reuen Freien Presse und den großen Provinzialblättern nicht zu reden, die Wahrscheinlichkeit weit ausgreifender politischer Maßnahmen, warum werden selbst der Berliner und der Wiener Berichtshalter der Frankfurter Zeitung in gleichem Sinn informiert? Das kann nicht geschehen ohne Wunsch und Zulassung des Auswärtigen Amtes. Und dem entspricht dann auch, daß das unmittelbar vom Auswärtigen Amt abhängige Korrespondenzbureau ihre täglich zweimaligen Auszüge aus den serbischen Organen zu veröffentlichten fortführt — ein noch nie dagewesener Fall. Er hat nur eine Erklärung: wenn man die Absicht hegt, die öffentliche Meinung auf jeden Fall in Erregung zu halten, weil man die erregte öffentliche Meinung vielleicht dann brauchen könnte, sobald man den Druck in Belgrad verstärken will oder gar, falls der Schritt mißlungen ist und man stärkere Maßnahmen anwenden wird. Steht es aber so, dann ist die drohende Gefahr gar nicht zu übersehen. Wer gibt Gewähr dafür, daß Serbien, wohl erbötig gerichtliche Hilfe zu leisten, nicht dennoch allgemeine Bürgschaften verweigert? Daß es, und noch dazu mit Berechtigung, erwidert: Die heftigsten Großerben sind gerade die Serben Bosniens und Ungarns, die sie zu wirken haben wir keine Möglichkeit, und Volksgenossen unseren Boden zu verwehren würden wir angesichts der Stimmung in eigenen Lande nicht wagen dürfen! Das wird Verstand auf diese Antwort hin tun? Er weiß doch am besten, wie bedroht die Stellung der Regierung Patisch durch die um den Kronprinzen gescharte Offizierspartei ist, daß sie erst vor wenigen Wochen nur mit Mühe ihr Dasein rettete. Will er sich auf die Entlastung Europas über das Attentat, auf die Rüstensolidarität verlassen, die Serbien diesmal den Bestand Österreichs und Frankreichs entzieht? Die Presse Wiens und Budapests schreibt ja, als wäre dies die Rechnung des Aus-

wärtigen Amtes, aber sie vergißt, wie rasch sich Oesterreich-Ungarn feinerzeit über die Ermordung König Alexanders hinwegsetzte und den neuen König Peter, den es damals noch seinem Einfluß zu unterwerfen hoffte, trotz des an seinem Thronen haftenden Blutes als erste Macht in Europa anerkannte. Warum soll das rauhe Petersburg mehr Gefühlswichtigkeit zeigen als das „gemüthliche“ Wien?

Die Gefahr also, die sich uns vor Augen öffnet, ist ernst und drohend, am drohendsten dann, wenn die Andeutung des Pesther Lloyd, daß die Führer des Verbrechens nach unmlischen Stellen in Belgrad weist, der Wahrheit entsprechen sollte. Dazu nehme man eine Agitation der niedrigen Serbischen Blätter, in Serbien wie in Oesterreich, die auf die niedrigsten Instanzen rechnet. Pesther Blätter z. B. veröffentlichten die Nachricht, die dann überall die Runde macht, daß am Tage des Attentats von Serajewo ein Telegramm an den Obersten im serbischen Generalstab Pribicevic gerichtet wurde mit dem Wortlaut: „Die beiden Pferde gut verkauft.“ Man kann schwerlich albernere Erfinden. Wozu sollte sich der Oberst, auch wenn er der geistige Urheber des Attentats wäre, eine kompromittierende Depesche über ein Ereignis schicken lassen, das ihm sehr schnell alle amtlichen Nachrichtenbureaus melden werden? Ein anderes ähnliches Telegramm wird gar im Familienkreis wiedergegeben. Es ist chiffriert und die Dechiffrierung soll ein mangelhaftes Spanisch ergeben haben (die Juden Bosniens und Serbiens, soweit sie Spaniolen, reden nämlich noch immer Spanisch). Nach solchen Leistungen darf man sich nun gar nicht mehr wundern, daß in Serbien der im Reichszimmer des österreichisch-ungarischen Besandten erfolgte Tod des russischen Gesandten Hartwig auf eine vergiftete Tasse Tee, die ihm Giesl habe reichen lassen, zurückgeführt wird. Die Wiener Presse beweist nun umständlich, Hartwig sei bereits seit langem krank gewesen, und in der Wohnung Giesls sei ihm überhaupt nicht Trank noch Speise gereicht worden.

All diese Zännerlichkeiten zeitigen indes auch ihre realen Folgen. Man sieht die Wiener Börse unter Erschütterungen erbeben, schlimmer als in den schlimmsten Tagen der Balkankrise. „Kriegskurze ohne Krieg haben die letzten Tage gebracht“, schreit jämmervoll bewegt dieselbe Presse, die jeden Tag das Feuer schürt. Es hat dieser Zusammenbruch sicherlich seine wirtschaftlichen Ursachen, deren Wirkung von dem Kriegslärm nur ausgelöst und verstärkt wurde; es sind auch vorwiegend Industrie- und Bankpapiere, nicht die Renten, deren Kurs verhängnisvoll herabstürzt. Doch kann man in der Tat von einer „beschämenden Schwäche der Marktorganisation“ reden, wenn man hört, das Angebot von fünf Aktien einer ungarischen Zunderindustrie-Gesellschaft habe einen Kurs von 200 Kronen bewirkt, bei anderen selbst leichteren Effekten, bei einzelnen Zement-, Metall-, Papieraktien oder manchen Nebenwerten, haben fünf- und zwanzig oder fünf Stück, die zu verkaufen waren, den Kurs um amangig, vierzig Kronen und mehr geworfen. Doch sind die Papiere der größten Institute gleichfalls von dem Rückgang mitergriffen, der z. B. für die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft 35 Kronen in sieben Tagen beträgt. Die Banken haben sich geweigert, sich zur Rettung des Marktes zusammenzutun, sie schließen nicht einmal ihre eigenen Emissionen, sie lassen sie bis zum Grunde herabsinken und kaufen dann das Strandgut billig auf. Sie werden wie in den beiden vorangehenden Jahren wirtschaftlicher Verwüstung wiederum glänzende Gewinne erzielen. Wenn, sollte die Schwäche des Marktes nicht eine Warnung sein, einen Fund von so geringer finanzieller Bereitschaft in schwere Krisen herabzugucken? Man hegt und verbietet in der Konternine — das ist jedenfalls ergebiger.

## Der Konstantinopeler serbische Geschäftsträger über die Lage.

Der serbische Geschäftsträger in Konstantinopel hat nach der Meldung des römischen Blattes Tribuna über die serbisch-österreichische Spannung folgendes ausgesprochen:

Ich glaube, daß Oesterreich, wenn es in Belgrad eine Note überreicht, in der die Auflösung der großserbischen Vereinigung gefordert wird, sich einer Ablehnung aussetzt, da die serbische Verfassung die Versammlungsfreiheit garantiert und die öffentliche Meinung in Serbien nicht dulden würde, daß eine Regierung eine Verletzung dieses Rechtes begeht, besonders wenn sie vom Auslande gefordert wird. Die serbische öffentliche Meinung ist gegen die österreichischen Behörden sehr erregt. Man hat in Serbien das Attentat, das den serbischen Interessen großen Abbruch getan hat, viel beklagt. Aber andererseits muß man sehen, wie serbisches Eigentum in Bosnien verwüthet und dadurch ein Schaden angerichtet worden ist, der sich auf über 12 Millionen beläuft. Durch diese Ausschreitungen ist die öffentliche Meinung der Slawen von der Adria bis nach Petersburg auf Seiten Serbiens. Vor einem Monat visitierte Ministerpräsident Patisch seine Popularität, indem er Oesterreich aus Anlaß des Abschlusses eines Abkommens über die Orientbahn größere Konzessionen gewährte. Jetzt belohnt Oesterreich dieses Entgegenkommen, indem es uns ungerechtere Weise angreift. Es könnte sich aber sehr verrechnen. Serbien ist durchaus friedlich gesinnt. Aber wenn Oesterreich Streit mit ihm anfangen will, wird Serbien seinen Mann stellen. Sobald Oesterreich seine Truppen nach der Grenze konzentriert, wird auch Serbien die erforderlichen militärischen Maßnahmen treffen.

**Vermehrung der bosnisch-herzegowinischen Grenzstruppen.**  
Wien, 11. Juli. Die die Militärische Rundschau erzählt, ist eine beträchtliche Vermehrung und Ausgestaltung der bosnischen und herzegowinischen Grenzjagetruppen sowie der Gendarmerte beslossen worden.

## Koburger Lehren.

Der überraschende Ausgang der Koburger Wahl wird besonders in der liberalen Presse recht lebhaft besprochen. Die erstreuten Fortschrittler, die mit einem Sieg über die Nationalliberalen nach den Erfahrungen der letzten zehn Jahre kaum noch gerechnet hatten, sprechen von einer Renaissance des Liberalismus, die das Berliner Tageblatt allerdings schon mit den allgemeinen Wahlen von 1907 beginnen lassen will. — Eine merkwürdige Renaissance nebenbei, die sich mit Unterstützung der Junker vollzogen haben soll.

In seinem Blick kommt es dem Berliner Tageblatt auch vor, als ob die Sozialdemokratie sich auf dem absteigenden Abste befindet:

Es will auch scheinen, als sei die Sozialdemokratie auf ihrem Höhepunkte angelangt, wenn sie ihn nicht bereits überschritten hat. Diejenigen unter den sozialdemokratischen Führern, die etwas weiter blicken, haben auch längst erkannt, daß die sozialdemokratische Partei aus ihrem Turm heraus und Abhängung mit dem bürgerlichen Liberalismus suchen muß, wenn sie nicht zu dauernder Unfruchtbarkeit verurteilt sein will. Je mehr der entsetzliche Liberalismus seine Lebensfähigkeit und Lebenskraft durch die Tat beweist, wie es in Koburg geschah, um so stärker wird sich auch in der Sozialdemokratie die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer taktischen Verständigung mit dem entschiedenen Liberalismus durchsetzen.

Das alles sind etwas weitgehende Schlussfolgerungen, wenn man bedenkt, daß das Resultat von Koburg doch recht vereinzelt dasteht. Die anderen Nachwahlen der letzten Zeit haben für den Liberalismus wirklich keinen so günstigen Ausgang genommen, daß ein Anlaß bestünde, von einer Wiedergeburt zu singen. In Baud-Pelzig, in Perichow, in Porna-Pegau, in Stenhal-Ostburg sind die liberalen Stimmen durchweg und zum Teil sogar recht beträchtlich zurückgegangen. Zweimal war der liberale Kandidat ein Fortschrittler und zweimal ein Nationalliberaler, und immer handelte es sich um ein gemeinsames Vorgehen des Gesamtliberalismus. Wenn also überhaupt von den Lehren der Koburger Wahl die Rede sein kann, so läge es wohl am nächsten, darauf hinzuweisen, daß die Fortschrittspartei dort einen schönen Erfolg erzielt hat, wo sie nicht mit den Nationalliberalen zusammenschloß, sondern gegen sie marschierte. Vorbedingung der liberalen Wiedergeburt wäre mit anderen Worten die rückwärtslose Trennung von den zweifelhaften Elementen des rechten Flügels.

Diese Erkenntnis besteht auch der nationalliberale Deutsche Kurier. Er meint, der große Verlust seiner Partei spreche deutlich gegen die Sammlungspolitik.

Man kann die Koburger Wahl als den ersten Versuch einer Sammlung nach Heßbrand-Gezberger-Nußmannschen Rezept ansehen, und dieser Versuch ist glatt mißlungen. Eine Warnung mehr, daß die nationalliberale Partei allen Grund hat, gegenüber den Fortschritten aus dem konservativen und Zentrumslager überaus vorsichtig zu sein.

Ganz entgegengesetzter Ansicht ist natürlich die Deutsche Tageszeitung. Die auseinandersetzt, daß die rechtsstehenden Wähler immer mehr die Lust verlieren, sich für einen nationalliberalen Kandidaten einzusetzen, da auch wenn dieser persönlich rechts stehe, die Gesamtpartei sich doch in ihrer Linksentwicklung nicht beirren lasse. Das Blatt sieht daher Koburg als eine Mahnung für die nationalliberale Partei an, auf ihrem Wege nach links innezuhalten.

Diese Beweisführung ist recht gewußt, aber die auf-fallenden Widersprüche in den Schlussfolgerungen, die aus der Koburger Wahl gezogen werden, beweisen, daß es überhaupt verfehlt ist, ihr eine gar so große Bedeutung beizumessen.

## Neue Kafernendramen.

Vor dem Kriegsgericht der 1. Gardedivision und vor dem Oberkriegsgericht des Gardekorps fanden am Sonnabend Vorlesungen wegen Soldatenmißhandlungen statt.

In dem ersten Falle hatte sich der Unteroffizier Wötter von der 4. Kompanie des Garde-Regiments wegen Mißhandlungen und vor schrifts-mäßiger Behandlung eines Untergebenen in dreizehn Fällen zu verantworten.

Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, den Rekruten Marx einmal am Kragen gefaßt und mit solcher Wucht zurückgeschoben zu haben, daß er gegen das Fenstergelände und eine Scheibe zertrümmert wurde. In einem anderen Falle hat der Unteroffizier den Untergebenen mit dem Gewehrkolben absichtlich heftig auf die Fußspitzen geschlagen. Der Angeklagte behauptete, er habe es nicht absichtlich getan. In fünf weiteren Fällen hat Wötter nach der Anklage den Witz in schmerzhafter Weise auf die Füße getreten. Der Unteroffizier meinte hierzu, er habe den Rekruten nur korrigieren